

A6 Migrationspolitik ganzheitlich denken: Integrationshemmnisse lösen und Gesellschaft stärken

Antragsteller*in: Mathias Schmitz (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Der Migrationsdruck im Nahen Osten ist eine fortlaufende und komplexe
2 Entwicklung, die sich nicht vollständig aufhalten lässt. Kriege, politische
3 Instabilität, wirtschaftliche Krisen sowie klimatische Veränderungen in der
4 Region treiben immer mehr Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Diese
5 Mischung aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren führt zu
6 einem immer höheren Migrationsdruck, der absehbar nicht nachlassen wird.

7 Die anhaltende Migration führt zu gesellschaftlichen Spannungen, die sich in
8 verschiedenen Bereichen bemerkbar machen. In Deutschland verstärken sich
9 politische Spaltungen, Polarisierungen und bewusst erzeugte Angst. Was früher
10 eine Debatte über humanitäre Verpflichtungen und Integration war, ist in weiten
11 Teilen zu einem harten, oft von Ängsten und Vorurteilen geprägten politischen
12 Schlagabtausch geworden. Dies führt zur gesellschaftlichen Wahrnehmung der
13 Überforderung des Systems, die nicht nur organisatorische, sondern auch soziale
14 Folgen hat.

15 Dabei zeigt die Migration am Ende nur die Probleme, die bereits in unserem
16 System bestehen. Sie werden nur durch den Druck der Migration wesentlich
17 sichtbar. Diese Probleme sind vielzählig, fassen auf Vernachlässigung,
18 mangelnde Finanzierung oder falscher politischer Steuerung in den vergangenen
19 Jahrzehnten. Für eine zielführende Lösung der aktuellen Herausforderungen gilt
20 es, die sichtbar gewordenen Probleme anzugehen, damit am Ende alle Menschen in
21 Deutschland profitieren. Damit stärken wir nicht nur die Integrationsfähigkeit
22 Deutschlands, sondern arbeiten zukunftsorientiert für unsere gesamte
23 Gesellschaft.

24 1. Mangelnder Wohnraum

25 Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren ein Problem. Studierende,
26 ältere Menschen und junge Familien - der Druck auf den Wohnungsmarkt ist seit
27 Jahren hoch. Gleichzeitig brauchen wir genau diesen Wohnraum, um Geflüchtete
28 dezentral unterzubringen und eine Perspektive zu geben. Größere Unterkünfte
29 führen zu gesellschaftlichen Spannungen und helfen vielmals nicht der
30 Integration. Zielsetzung unserer Politik muss es sein, mit bezahlbaren
31 Wohneinheiten in höheren und verdichteten Bauen im Zusammenspiel einer gut
32 zusammenarbeitende Sozial- und Stadtplanung den Herausforderungen
33 entgegenzutreten. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist aktuell
34 unterfinanziert, was zum Innehalten von Projekten führt. Dadurch entsteht viel
35 zu wenig geförderter Wohnraum und gleichzeitig wird immer mehr Wohngeld
36 ausgezahlt. Das eingesparte Geld wird also an anderer Stelle ausgegeben. Neue
37 Wohnungen entstehen so nicht, aber die Kosten sind trotzdem da, sie sind bloß
38 anders kontiert.. Gleichzeitig muss das Land Standards für preisgedämpften
39 Wohnraum setzen, um ein weiteres Werkzeug für alle Kommunen in Schleswig-
40 Holstein zu schaffen.

41 2. Mangelnde Sprachförderung

42 Alle Menschen, die in Deutschland Fuß fassen, müssen Deutsch gut lernen können,
43 um sprachlich barrierefrei durch das Leben kommen. Dies ist ein wichtiger
44 Schritt in der Integrationsfähigkeit von Geflüchteten. Hierzu fehlt ein
45 ausreichendes Angebot, Wartezeiten sind zu lang, bürokratische Anforderungen an
46 Sprachangebote zu hoch. Wir müssen das Angebot zu den Menschen vor Ort bekommen,
47 um Angebote für alle zu schaffen und besonders Frauen in ihren
48 Sprachfertigkeiten weiterzubilden.

49 3. Arbeitsmarkt

50 Migranten haben immer noch rechtliche Barrieren, die ihnen die Aufnahme einer
51 Erwerbstätigkeit zu lange untersagt und in Folge eine Einstellung nur unter zu
52 hohen bürokratischen Herausforderungen für Arbeitnehmende und Arbeitgebende
53 möglich ist. In einer Zeit, in der Arbeits- und Fachkräfte in unserer Wirtschaft
54 fehlen, ist dies nicht nur eine Fehlsteuerung im Bereich der Integration,
55 sondern auch in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

56 Als Partei setzen wir uns für einfache Wege ein, damit Migranten Arbeit
57 aufnehmen können: Bürokratien für Unternehmer:innen und ohne einen Wust an
58 Formularen für den Arbeitnehmenden. Dies hilft nicht nur bei der Sicherung
59 unserer Wirtschaftsfähigkeit, sondern mindert die Notwendigkeit an staatlichen
60 Zuschüssen und baut Sprachkenntnisse durch das gesellschaftliche Miteinander
61 aus.

62 4. Anerkennung beruflicher Qualifikationen

63 Für jeden Ausbildungsberuf brauchen wir einen modularen Qualifikationsrahmen.
64 Innerhalb eines solchen Qualifikationsrahmens brauchen wir Prüfungen, mit denen
65 ermittelt wird, welche Qualifikationsmodule ein Mensch beherrscht und welche
66 Lücken bestehen, so dass hier gezielt nachqualifiziert werden kann, um einen
67 vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. Auch ohne Nachqualifikation kann so
68 ein offizielles Prüfungsergebnis klar aufzeigen, wo die beruflichen
69 Qualifikationen nachweislich vorhanden sind.

70 Dies unterstützt nicht nur die Möglichkeiten der Nachschulungen von
71 Geflüchteten, sondern macht das System variabler und entspricht den aktuellen
72 Bedürfnissen des Arbeitsmarkts.

73 Bei der formalen Anerkennung beruflicher Qualifikationen anhand von vorhandenen
74 Zeugnissen brauchen wir bundesweit einheitliche Standards.

75 5. Schulische Bildung

76 Unser Bildungssystem kränkelt seit langem, Schulen sind nicht mehr in einem
77 modernen Zustand, Räume für eine angemessene Beschulung sind nicht in
78 ausreichender Zahl verfügbar. Die Kommunen können die notwendigen Investitionen
79 nicht selbständig leisten, es braucht Land und Bund mit einem
80 Investitionsprogramm Schule, um die Grundsubstanz unseres Lernens für die
81 Zukunft zu erneuern. Gleichzeitig müssen wir die DaZ-Klassen weiterhin gut
82 ausfinanzieren. Es braucht ausreichend Lehrpersonal, um eine gute Integration in
83 den Regelunterricht und die Einbindung von Schüler:innen in die Klassen- und
84 Schulgemeinschaft zu gewährleisten.

85 6. Frühkindliche Bildung

86 In der frühkindlichen Bildung liegen hohe Potenzial der Integration. Junge
87 Menschen haben eine hohes Lernpotenzial im Bereich Sprache und lernen früh ein
88 breites Spektrum an gesellschaftlichen Kompetenzen. Dies gilt aber nicht nur für
89 Kinder von Migranten, sondern für alle Kinder in Deutschland. In den letzten
90 Jahren sehen Eltern viel zu häufig die Situation, dass Kita-Plätze nicht
91 ausreichend zur Verfügung stehen. Ein Konkurrenzkampf ist vielmals das Resultat
92 und leitet zu Neid gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Dieser
93 gesellschaftlichen Entwicklung muss vorgebeugt werden. Wir müssen vermehrt dafür
94 sorgen, dass die Kommunen ausreichend Kita-Plätze vor Ort haben - das bedarf
95 Neu- oder Anbau von Gebäudekapazitäten, aber auch eine ausreichende Anzahl an
96 Erzieher:innen. Wir sind hier auf einem guten Weg, müssen aber weit mit Druck
97 vorangehen, um im Bereich Kita im Sinne der Integration und Gleichberechtigung
98 der Mangellage entgegenzutreten.

99 7. Psychotherapeutische Versorgung

100 Traumatische Erlebnisse auf der Flucht oder auf Grund kriegerischer
101 Auseinandersetzungen im Heimatland sind bei vielen Teil ihrer Fluchtgeschichte.
102 Hinzu kommt die allgemeine Steigerung an psychischen Krankheiten, die besonders
103 seit der Corona-Pandemie angestiegen sind. Es ist also eine Aufgabe für unser
104 gesamtgesellschaftliches Zusammenleben, die psychotherapeutische Versorgung in
105 unserem Land auf den angewachsenen Bedarf auszuweiten und mehr kassenärztliche
106 Plätze zu schaffen.

107 8. Ärztliche Versorgung

108 Grundsätzlich ist festzustellen, dass wir in Deutschland eine gute ärztliche
109 Versorgung haben. Ausgerechnet die zahnmedizinische Versorgung zu
110 problematisieren ist reine Polemik. Klar zu beobachten ist allerdings eine
111 abnehmende Versorgung in ländlichen und eine Überversorgung in urbanen Gebieten.
112 Diesen Trend können wir nicht einfach hinnehmen, sondern wir müssen
113 gegensteuern, um die medizinische Grundversorgung sicherzustellen, indem wir die
114 Kommunen in der Einrichtung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren
115 helfen und strukturschwache Räume in der Bedarfsplanung vermehrt
116 berücksichtigen.

117 9. Kulturelle Integration

118 Menschen aus anderen Kulturräumen und mit einer ganz anderen Werteprägung müssen
119 lernen und leben, dass das Grundgesetz die Grundlage unseres Zusammenlebens ist
120 und nicht eine häufig extrem stark patriarchalisch geprägte Herkunft. Niemand
121 hat das Recht, familiäre Regeln und kulturelle Gebräuche über das Gesetz zu
122 stellen. Das hat vor allem auch für Heranwachsende und SuS Konsequenzen.
123 Toxische Männlichkeit und Respektlosigkeit gegenüber Frauen sind inakzeptabel
124 und muss klar und deutlich zurückgewiesen werden. Frauen, die unter dem Diktat
125 einer Religion und einer stark patriarchalisch geprägten Gemeinschaft erzogen
126 und aufgewachsen sind, müssen ihre umfassenden Rechte erkennen und leben lernen.
127 Besonders toxische Männlichkeit von Migranten führt zu enormen Störungen in den
128 Schulen und muss unterbunden werden.

129 10. Stärkung des Ehrenamts

130 Viele Angebote der Inklusion, ob Sprachangebote, Willkommenscafé und Tafeln,
131 aber auch Sportvereine - all diese ehrenamtlichen Institutionen schaffen einen
132 wesentlichen Teil der deutschen Integrationsarbeit. Diese Angebote und die
133 Menschen dahinter sind an ihren Belastungsgrenzen. Zu hoch sind bspw.
134 bürokratische Hürden in der Beantragungen von Förderungen, der Anschaffung von
135 Hilfsmitteln und dem Aufbau einer hauptamtlichen Struktur. Die Ehrenamtsangebote
136 brauchen mehr finanzielle Unterstützung und Hilfestellungen. Die Kreise und
137 große Städte sollen dafür eine hauptamtliche Stelle für Ehrenamtsmanagement
138 aufbauen, um durch Netzwerke, förderrechtlichen Hilfsangeboten und persönlicher
139 Beratung vor Ort die ehrenamtlichen Angebote zu stärken. Aber auch Migranten
140 sind willens, sich ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere bei Tafeln ist die
141 Integration von Migranten im Ehrenamt gelebte Praxis.

142 11. Finanzielle Ausstattung / Schuldenbremse

143 Es ist klar, durch Anerkennung der Probleme und der Verdeutlichung in der
144 Öffentlichkeit ist ein erster Schritt gemacht. Es braucht jedoch vor allem
145 finanzielle Mittel, um die Maßnahmen umzusetzen und gesamtgesellschaftlich einen
146 Schritt Richtung Zukunft zu gehen. Gleichzeitig erleben wir eine Debatte, bei
147 der die bei Ökonomen vergräme Schuldenbremse als Heiligtum unserer Verfassung
148 hochgehalten und als unveränderbar gehandelt wird, gleichzeitig aber das
149 Grundrecht auf Asyl in Frage gestellt und eine Verfassungsänderung als probates
150 Mittel gehandelt wird. Für uns ist klar, wenn wir über eine Verfassungsänderung
151 reden, die die Probleme unserer Gesellschaft lösen soll, dann muss dies die
152 Reform der Schuldenbremse hin zu einer investitions offenen, zukunftsgerichteten
153 Schuldenregelung sein.

154 Mathias Schmitz, KV Pinneberg
155 Lukas Unger, KV Pinneberg
156 Ann Christin Hahn, KV Pinneberg

Unterstützer*innen

Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Frank Wegener (KV Pinneberg); Marianne Elliott-Schmitz (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Carmen Brockstädt (KV Pinneberg); Ulrich Knieß (KV Pinneberg); Cord Reck (KV Pinneberg); Silke Maaß (KV Pinneberg); Katharina Kegel (KV Pinneberg); Jonas P. Proeger (KV Pinneberg); Hans-Jürgen Brede (KV Pinneberg); Beryll Winkelmann (KV Pinneberg); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Dagmar Sydow-Graen (KV Pinneberg); Peer Lessing (KV Pinneberg); Dörte Plautz (KV Pinneberg); Hans vom Schloß (KV Pinneberg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Maike Grügelsiepe (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde)